

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 3/1981 – September

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die in den ersten Monaten des laufenden Jahres offiziell erhoffte Stabilisierung der Konjunktur hat sich nicht fortgesetzt. Teilweise scheinen die relativ günstigen Ziffern über Produktion und Auftragseingänge einfach statistischen Fehlern und Verzerrungen geschuldet gewesen zu sein. Die konjunkturelle Wende ist jedenfalls zur Jahresmitte nicht in Sicht, wodurch alle amtlichen Wirtschaftsprognosen für das laufende Jahr in Frage gestellt sind. Wahrscheinlich ist zur Zeit, daß der Rückgang des Sozialprodukts stärker ausfällt als – wie bisher erwartet – ein bis eineinhalb Prozent.

Anregungen gingen bisher allein vom Export aus, eine Folge der DM-Abwertung. Allerdings hat sich die DM gegenüber den Währungen der wichtigsten westeuropäischen Handelspartner wieder stabilisiert, so daß dieser Effekt demnächst wegfallen dürfte. Da die Wirtschaftslage in den großen kapitalistischen Ländern immer noch von Krisenerscheinungen geprägt ist und der Welthandel sinkt, kann ein Anhalten des kleinen „Exportbooms“ der letzten Monate nicht erwartet werden.

Im Inland zeigen sich keinerlei Faktoren, von denen eine Belebung ausgehen könnte. Die Investitionstätigkeit geht deutlich zurück, wenn auch nach wie vor von keinem Investitionseinbruch gesprochen werden kann.

Dagegen bleibt die Schwäche des privaten Verbrauchs Hauptmerkmal der Wirtschaftskrise. Für 1981 wird erstmals in der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik ein absoluter Rückgang des privaten Verbrauchs erwartet. Dies war noch nicht einmal in der Krise 1974/75 der Fall gewesen.

Die ausgeprägte Verbrauchsschwäche ist direkte Folge des Reallohnabbaus, der im laufenden Jahr sein Tempo beschleunigt hat. Verschärft wird dieser Effekt der niedrigen Tarifabschlüsse durch den Rückgang der Beschäftigung.

In die gleiche Richtung werden die Beschlüsse der Bundesregierung für den „Sparhaushalt“ 1982 wirken. Die massiven Kürzungen vor allem bei der Bundesanstalt für Arbeit und im öffentlichen Dienst schmälern die Verbrauchsnachfrage und fördern damit den Fortgang der Krise und den Beschäftigungsrückgang.

Über den kurzfristig-konjunkturellen Aspekt hinaus markiert das „Sparprogramm“ eine qualitative Änderung im seit 1975 durchgeführten Programm des Sozialabbaus. Während solche Maßnahmen bisher immer noch als Verhinderung von „Mißbrauch“ deklariert worden waren, geht es nun offen an den Kern der sozialen Leistungsgesetze. Allerdings wird weiterhin taktiert, scheut sich die Bundesregierung vor umwälzenden Einschnitten. In 150 Einzelmaßnahmen, die in ihren Auswirkungen oft kaum durchschaubar sind, in einem Gewirr von finanziellen Manipulationen zwischen den Haushalten der Gebietskörperschaften und den einzelnen Sozialhaushalten wird eine gezielte Strategie der Verschleierung betrieben. Gleichzeitig wird Stimmung gemacht für neue, teilweise schon jetzt geplante „Sparmaßnahmen“, wobei die finanzielle Austrocknung der Rentenversicherung als Folge der aktuellen Beschlüsse hier „Sachzwänge“ für neue massivere Leistungskürzungen schaffen soll.

Die Ausgabenkürzungen im sozialen Bereich, die sowohl unter strukturellen als auch unter konjunkturellen Gesichtspunkten krisenverschärfend wirken, werden von der Bundesregierung mit Veränderungen in der Weltwirtschaft begründet. Dabei spielt die Hochzinspolitik der USA und die Abwertung der DM gegenüber dem Dollar eine große Rolle. Die Restriktionspolitik soll – unter Inkaufnahme erhöhter Arbeitslosigkeit – die Abwertung der DM stoppen.

Tatsächlich aber steigt der Dollarkurs weiter, ist die Hochzinspolitik der Bundesbank im Sinne ihrer erklärten Ziele seit einem Jahr erfolglos. Tatsächlich ist die Umkehr des Dollar auch mit den üblichen bürgerlichen Erklärungsmustern – Inflationsgefälle, Zinsdifferenzen – nicht zu begründen. Der Hintergrund ist vielmehr politischer Natur. Die mit umfangreichen liquiden Mitteln ausgestattete Devisenspekulation orientiert sich an den Bemühungen der Reagan-Administration, durch „Austeritätspolitik“ im Innern und eine aggressive Rüstungspolitik nach außen die amerikanische Führungsrolle wiederzugewinnen. Die kritiklose Unterordnung der Bundesregierung unter die Maßnahmen der US-Regierung ist damit der wohl wichtigste Grund für den Verfall der DM gegenüber dem Dollar.

Ein rapider Anstieg der Arbeitslosenzahlen in den Sommermonaten hat auch die offi-

ziellen Arbeitsmarktprognosen hinfällig gemacht. Inzwischen wird für 1982 verschiedentlich schon mit einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 1,5 Millionen gerechnet. Bezieht man die „stille Reserve“ ein, dann ist die Zweimillionenmarke schon jetzt überschritten. Aber auch die registrierten Ziffern dürften im Winter auf über 1,7 Millionen ansteigen.

Die Forderungen nach einer wirksamen Beschäftigungspolitik sind daher dringlicher denn je. Daß solche Maßnahmen ohne massiven Druck auf die Bundesregierung nicht erwartet werden können, hat das „Sparprogramm“ deutlich gemacht. Die Kürzung bei den Arbeitsbeschaffungsprogrammen muß angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt als bewußte Maßnahme zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit interpretiert werden.

INHALT

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft
- 1.2 Produktion
- 1.3 Investitionen
- 1.4 Außenwirtschaft
- 1.5 Der Dollarkurs

2 Unternehmergewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmergewinne
- 2.2 Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Steuern
- 3.3 Sozialabbau
- 3.4 Preise
- 3.5 Tarifikationen
- 3.6 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft

Die kapitalistische Weltwirtschaft ist 1981 von einer Stagnation der Produktion, einer nur bescheidenen Verlangsamung der Inflation und einer starken Zunahme der Arbeitslosigkeit sowohl in absoluten Zahlen als auch im prozentualen Verhältnis zu den Arbeitskräften gekennzeichnet.

Die jüngste Prognose der OECD weist für 1981 einen Anstieg von nur knapp einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts in konstanten Preisen gegenüber dem Vorjahr für die entwickelten kapitalistischen Länder insgesamt aus. Wie aus der Abbildung hervorgeht, wird voraussichtlich nur in Nordamerika eine Verbesserung eintreten, während die anderen fünf größten kapitalistischen Länder eine Verschlechterung der Wirtschaftslage hinnehmen müßten, deren Intensität von Land zu Land variieren und in der BRD und Italien besonders ausgeprägt sein dürfte. Für das Jahr 1982 spricht die OECD von einer Wiederbelebung der Konjunktur, obwohl nur eine Steigerung des BSP von zwei Prozent gegenüber 1981 vorausgesehen wird. Wenn sich diese Prognose als zutreffend erweisen sollte, ist es äußerst unwahrscheinlich, daß die Projektionen für das Jahr 1981–1985, die von Wharton-School erarbeitet und von der OECD übernommen worden sind, sich realisieren werden, denen zufolge das reale Wirtschaftswachstum der entwickelten kapitalistischen Länder im Durchschnitt vier Prozent jährlich betragen wird und damit um einen Prozentpunkt höher liegen wird als die Wachstumsrate im Jahrzehnt 1971–1980.

Die enttäuschende Wirtschaftsentwicklung ist in erster Linie auf die Stagnation der Unternehmensinvestitionen zurückzuführen: Die Bruttoinvestition in den Unternehmen, die zwischen 1960 und 1973 eine jährliche Zuwachsrate von sieben Prozent zu konstanten Preisen verzeichnet hatte, war 1980 nur leicht höher als im Jahre 1973.

Im ersten Halbjahr 1981 hat sich die Industrieproduktion nur in Nordamerika erholt; im zweiten Vierteljahr ist sie in den USA stark gestiegen, aber die Entwicklung des Auftragseingangs in der Industrie bietet keinen Anhaltspunkt dafür, daß die Rezessionsphase der US-Wirtschaft überwunden ist. Seit anderthalb Jahren dauert die Schrumpfung der Industrieproduktion in Großbritannien an: zusammen mit dem enormen Anstieg der Arbeitslosigkeit ein deutliches Zeichen für die katastrophale Wirtschaftspolitik der Thatcher-Regierung. Die starke Produktionseinbuße in Frankreich ist eine der Hypothesen, die die konservative Wirtschaftspolitik der Regierung Mitterrand hinterlassen hat.

Veränderung der Industrieproduktion 1979–1981 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1979	Jahr	1980 (1)	4. Vj.	1981 (1)	2. Vj. (2)
			3. Vj.		1. Vj.	
USA	4,0	-3,1	-6,9	-1,6	-0,4	5,5
Japan	8,1	6,8	4,5	3,6	1,3	0,5
BRD	5,3	-	-2,5	-4,1	-0,8	-1,0
Frankreich	4,4	-	-3,3	-3,3	-8,3	-7,0
Großbrit.	3,6	-7,0	-8,7	-10,4	-9,8	-8,0
Italien	6,1	5,8	1,7	-1,5	-4,8	-3,5
Kanada	4,5	0,3	-0,9	-0,8	0,2	4,0

1 Saisonbereinigte Angaben für Vierteljahre 2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Lage in den größten kapitalistischen Ländern noch verschärft; für den gesamten OECD-Raum rechnet man mit einer Zunahme der Arbeitslosenzahl von 23 Millionen 1980 auf 26 Millionen 1982, so daß die Arbeitslosenquote von 6,3 auf 7,4 Prozent der Arbeitskräfte steigen dürfte. In den sieben größten kapitalistischen Ländern lag die Arbeitslosigkeit im zweiten Quartal 1981 mit 18,6 Millionen Menschen um vier Millionen höher als im Krisenjahr 1975; prozentual gemessen war sie nur in den USA niedriger als damals. Besonders ernst ist die Lage in der BRD, in Frankreich und Großbritannien, wo zusammen mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit auch eine Verminderung der Zahl der Erwerbstätigen zu verzeichnen ist; infolge der streng monetaristischen Wirtschaftspolitik der Thatcher-Regierung in Großbritannien nähert sich die Zahl der Arbeitslosen dem Niveau der großen Wirtschaftskrise 1929–1933.

Arbeitslosigkeit 1975, 1980–81 in 1000 in den größten kapitalistischen Industrieländern

	1975	Jahr	1980 (1)	4. Vj.	1981 (1)	2. Vj. (2)
			3. Vj.		1. Vj.	
USA	7830	7449	7921	7897	7788	7800
Japan	2000	2300	2350	2500	2400	2600
BRD	1074	889	929	1003	1107	1200
Frankreich	840	1451	1458	1478	1610	1800
Großbrit.	929	1668	1699	2020	2304	2550
Italien	1300	1698	1687	1688	1729	1800
Kanada	690	867	865	860	856	850
Zusammen:	14663	16322	16909	17446	17794	18600

1 Saisonbereinigte Angaben für Vierteljahre 2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

Die wachsenden Schwierigkeiten für die kapitalistischen Länder, die Zahl der Arbeitsplätze zu erhöhen, zwingt diese Länder zu bedenklichen Vorschlägen, um der Lage am Arbeitsmarkt Herr zu werden. So schreibt das Internationale Arbeitsamt in Genf in einer seiner jüngsten Veröffentlichungen, daß man die Beschäftigung rationieren muß, um bei der Verteilung der vorhandenen Arbeitsplätze dem Familienvorstand den Vorrang zu gewähren, daß „die überschüssigen Erwerbspersonen nicht auf dem Arbeitsmarkt erscheinen sollen“, daß ein annehmbarer bezahlter Ersatz für die Arbeit geboten werden sollte und daß „einige tradierte Werte wie das Familienleben wieder zum Tragen gebracht werden sollten“ (vgl. Bureau International du Travail, **Emploi: Faits et Réflexions**, Genf 1980, S. 45).

Die Produktivität, berechnet als Verhältnis zwischen dem Bruttoinlandsprodukt und der Beschäftigtenzahl, sollte laut OECD-Prognose 1981–1982 nur schwach zunehmen. Die Schwierigkeit der entwickelten kapitalistischen Länder, eine neue Wirtschaftsstrategie zu entwickeln, die in der Lage ist, durch eine massive Steigerung der Investitionen sowohl die Arbeitsproduktivität als auch die Arbeitsplätze zu erhöhen, tritt immer deutlicher zutage.

Die Inflationsrate ist in fast allen sieben Ländern im ersten Halbjahr 1981 nur geringfügig zurückgegangen, auch wenn in der Mehrzahl dieser Länder die Lebenshaltungskosten weiterhin mit zweistelligen Ziffern ansteigen. Die Verlangsamung der Verteuerung ist zum Teil der Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe zu verdanken: Der Gesamtindex (ohne Energierohstoffe) bröckelt seit Vorjahresmitte ab. Laut Arbeitsgruppe Rohstoffpreise in der Vereinigung Europäischer Konjunkturforschungsinstitute sollte dieser Index 1981 unter dem Druck der schwachen Weltnachfrage um vier Prozent gegenüber dem Vorjahr sinken.

Veränderung der Lebenshaltungskosten 1979–1981 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1979	Jahr	1980	4. Vj.	1981	2. Vj. (1)
			3. Vj.		1. Vj.	
USA	11,4	13,5	12,8	12,6	11,2	9,5
Japan	3,7	7,7	8,2	7,5	6,5	5,5
BRD	4,1	5,5	5,4	5,4	5,7	5,5
Frankreich	10,7	13,6	13,6	13,6	12,6	12,5
Großbrit.	13,3	18,4	16,6	15,6	13,0	11,5
Italien	15,7	21,2	21,5	21,0	19,6	20,5
Kanada	9,2	10,1	10,5	11,2	12,2	12,5

1 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

Im laufenden Jahr dürfte der Fehlbetrag der Leistungsbilanz der entwickelten kapitalistischen Länder zurückgehen: insgesamt von 77 Milliarden Dollar 1980 auf 63; der Rückgang des Defizits kommt ausschließlich den sieben größten Ländern zugute, während der Passivsaldo der kleineren entwickelten kapitalistischen Länder noch um drei Milliarden Dollar zunehmen dürfte. Für 1982 prognostiziert die OECD einen partiellen Ausgleich der Ungleichgewichte zwischen entwickelten kapitalistischen Ländern und OPEC-Ländern, während die Entwicklungsländer weiterhin mit Passivsalen von ungefähr 60 Milliarden Dollar leben müssen.

Auf dem Währungsmarkt dominieren weiterhin die Spekulationskräfte zugunsten des Dollars und gegen die DM; die Tendenz ist nicht auf grundlegende Wirtschaftsfaktoren zurückzuführen. Erstens bestätigt die Entwicklung des Warenaustauschs in den letzten Monaten, die von einer Erhöhung des Passivsalos der Handelsbilanz der USA und einem deutlichen Anstieg des Überschusses der BRD und Japans gekennzeichnet ist, die Prognose der OECD, der zufolge zwischen 1980 und 1982 die Leistungsbilanz der USA sich um sechs Milliarden Dollar verschlechtern und die der BRD und Japans sich um elf bzw. zehn Milliarden verbessern dürfte. Trotzdem hat sich der Dollar von Ende 1980 bis Mitte August dieses Jahres um 30 Prozent gegenüber der DM und um zehn Prozent gegenüber dem Yen aufgewertet. Zweitens hängt die Entwicklung am Währungsmarkt nicht vom Zinsgefälle ab. Nominell betrug der Zinsunterschied bei Dreimonatsgeldern zwischen den USA und der BRD Ende 1978 sieben Prozentpunkte und Mitte dieses Jahres nur knapp drei Prozentpunkte; real betrug der Zinsunterschied zugunsten der USA Ende 1978 zwei Prozentpunkte, während er Mitte dieses Jahres ein Prozentpunkt zugunsten der BRD ausmachte.

Der Run auf den Dollar auf Kosten der DM ist auf die Politik der neuen amerikanischen Regierung zurückzuführen: Der Versuch Reagans, die militärische und wirtschaftliche Hegemonie der USA in der kapitalistischen Welt wiederherzustellen, ist insbesondere gegen die BRD gerichtet, weil ihre Industrie die stärkste Position auf dem Weltmarkt innehat und ihre Währung die einzige ist, die neben dem Dollar eine Reservefunktion in dem internationalen Zahlungsverkehr ausübt. Der gegen die DM geführte Krieg erklärt auch einige eigenartige Entwicklungen am Währungsmarkt: Innerhalb eines Jahres hat sich die westdeutsche Währung sogar gegenüber der schwedischen Krone und der spanischen Peseta abgewertet.

1.2 Produktion

Die am Jahresbeginn 1981 etwas günstigeren Zahlen über Produktion und Auftragseingang der Industrie waren nicht von Dauer. Teilweise waren sie wohl nur statistischen Fehlern geschuldet, wie das Bundeswirtschaftsministerium bei der Veröffentlichung des sehr ungünstigen Produktionsindex für Juni einräumte. Die amtliche Neuberechnung des Index hat zu einer allgemeinen Niveauanhebung der Ziffern geführt. Dies hat den Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) dazu veranlaßt, den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten monatlichen Produktionsindex schlicht als falsch zu bezeichnen. Ein Vergleich der vierteljährigen Produktionsstatistik, einer Totalerhebung, mit dem Index hätte ergeben, daß die Produktion im Maschinenbau im ersten Quartal 1981 um 3,5 Prozent unter dem Vorjahresstand lag. Der Index dagegen weist einen Anstieg um 3,2 Prozent aus. Demnach wäre die Maschinenbauproduktion in der monatlichen Statistik um mehr als sechs Prozent zu hoch ausgewiesen, eine wirklich ungewöhnliche Fehlermarge.

Trotzdem liegt die Produktion noch unter dem ohnehin schon gedrückten Vorjahresstand.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes 1

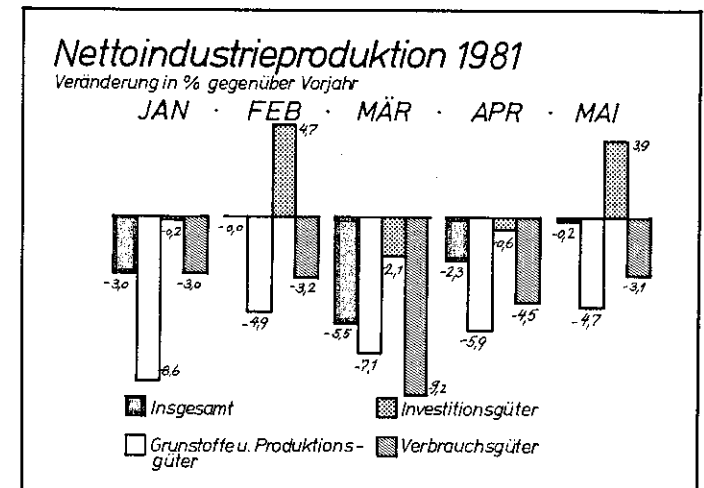
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Insgesamt	-3,0	0,0	-5,5	-2,3	-0,2	
Grundstoffe und Produktionsgüter	-8,6	-4,9	-7,1	-5,9	-4,7	
Investitionsgüter	-0,2	+4,7	-2,1	+0,6	+3,9	
Verbrauchsgüter	-3,0	-3,2	-9,2	-4,5	-3,1	

1 1977/78 in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd. S. 65)

Nach einer Phase stagnierender Produktion in den ersten Monaten von 1981 ist der Index im Juni – in saisonbereinigter Betrachtung – stark um 3,5 Prozent zurückgefallen. Die Feststellung im letzten Bericht, daß die Hoffnungen auf ein Ende der Krise verfrüht seien, scheint sich also zu bestätigen.

Die **eisenschaffende Industrie** verzeichnet bei weiter sinkender Produktion immer größere Überkapazitäten. Die ursprünglich bis zum 1.

Juli begrenzte Regulierung der Produktion im Rahmen eines EG-Krisenplans wurde zunächst verlängert. Erfolgreich waren die Stahlunternehmen allerdings in zwei Punkten: Es ist ihnen gelungen, die Preise kräftig heraufzusetzen und bei der Bundesregierung neue Subventionen – insgesamt 1,8 Milliarden auf drei Jahre – durchzusetzen.



In der **chemischen Industrie** stagniert die Produktion, wobei positive Impulse nur vom Export ausgehen. Umsatzzunahmen sind allein auf Preiserhöhungen zurückzuführen.

Der **Maschinenbau** profitiert ebenfalls von den als Folge der DM-Abwertung verbesserten Exportmöglichkeiten. Die verbesserten Absatzmöglichkeiten im Ausland haben jedoch nicht ausgereicht, um einen Rückgang der Produktion zu verhindern. Die Entwicklung der inländischen Aufträge ist weiter rückläufig, belebende Momente sind hier nicht sichtbar. (Die Angaben basieren auf der erwähnten vierteljährlichen Produktionsstatistik.)

Rückläufig sind Produktion und Absatz in der **Automobilindustrie**. Bemerkenswert ist, daß inzwischen auch die Produktion von Nutzfahrzeugen stark zurückgeht, sie war im ersten Halbjahr 14 Prozent niedriger als in der vergleichbaren Vorjahreszeit – bei einem Produktionsrückgang von insgesamt acht Prozent. Auch hier ist der Export stabiler als der Inlandsabsatz, allerdings ohne daß von ihm expansive Impulse ausgehen.

In der **Elektroindustrie**, die bisher die noch stabilste Branche gewesen war, wurden die Erwartungen ebenfalls weiter zurückgeschraubt. Die Produktion stagniert noch, was allein den günstigen Auslandsaufträgen zuzuschreiben ist. Die Inlandsnachfrage auch nach Investitionsgütern ist dagegen inzwischen rückläufig.

Die **Textil- und Bekleidungsindustrien** müssen die Produktion weiter einschränken, obwohl das Niveau ohnehin schon niedrig ist. Teilweise macht man sich hier einige Hoffnungen auf den Export, während die inländischen Absatzaussichten sich unter dem Druck rückläufiger Kaufkraft weiter verschlechtern.

Die **Bauwirtschaft** sieht sich einem Einschnitt gegenüber, der weit tiefer zu werden scheint als ursprünglich erwartet. Für 1981 wird mit einem Rückgang des Bauvolumens um sechs bis acht Prozent gerechnet, die Auftragseingänge sowohl im öffentlichen Bau als auch im Wohnungsbau sind noch weit stärker rückläufig. In der Bauwirtschaft kumulieren die Auswirkungen struktureller Veränderungen in der Industrie, der zyklischen Krise, der Krise der Staatsfinanzen und der Hochzinspolitik.

Obwohl Produktion und Aufträge – vor allem aus dem Inland – sich auch im Investitionsgüterbereich abgeschwächt haben, von der vielbeschworenen „robusten Investitionsneigung“ also kaum etwas zu spüren ist – mit Ausnahme des EDV-Bereichs –, bleibt die besondere Schwäche des Verbrauchsgüterbereichs Merkmal der gegenwärtigen Krisenphase. Dies wird unterstrichen durch die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze, die im ersten Halbjahr 1981 real um etwa drei Prozent unter den Vorjahresergebnissen lag. Erstmals in der Geschichte

der Bundesrepublik wird für 1981 mit einem absoluten Rückgang des privaten Verbrauchs gerechnet, selbst in der Krise 1974/75 war dies nicht der Fall gewesen.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	Jan.	Febr.	März	April ²	Mai ²
Produzierendes Gewerbe insges.	- 3,0	0,0	- 5,5	- 2,6	- 0,2
Eisenschaffende Industrie	- 7,6	- 1,8	- 5,8	- 12,6	- 7,0
Chemische Industrie	- 2,6	+ 0,3	+ 0,8	- 0,2	- 0,5
Maschinenbau	+ 9,4	+ 6,6	+ 0,8	+ 8,4	+ 5,7
Straßenfahrzeugbau	- 8,3	+ 2,1	- 2,3	- 4,1	+ 2,8
Elektrotechnik	- 1,1	+ 1,2	- 4,5	- 0,9	+ 4,5
EDV-Geräte	+ 11,3	+ 36,5	+ 20,4	+ 21,1	+ 25,4
Textilgewerbe	- 11,6	- 8,4	- 14,4	- 8,6	- 6,9
Bekleidungsgewerbe	- 0,7	- 4,5	- 9,3	- 3,6	+ 5,7
Bauhauptgewerbe	- 15,8	- 15,4	- 19,5	- 7,8	- 3,5

¹ In % gegenüber dem Vorjahr ² Vorläufige Angaben
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht lfd.)

Noch unsicherer als der Produktionsindex ist die Statistik der Auftrags-eingänge. Der Auftragsindex schwankt zur Zeit von Monat zu Monat. Er erhöhte sich – in saisonbereinigter Betrachtung – im April um sieben Prozent, fiel im Mai um neun Prozent zurück und stieg im Juni nach vorläufigen Angaben nur leicht um zwei Prozent. Volumenmäßig bleibt der Vorjahresstand unterschritten.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt		Grundstoffe u. Produktionsgüter		Investitions-güter		Verbrauchsgüter	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Jan.	- 4,6	- 8,6	- 5,2	- 8,6	- 3,3	- 7,7	- 7,2	- 11,3
Febr.	- 1,6	- 5,7	- 3,6	- 7,3	- 0,2	- 4,6	- 2,5	- 6,8
März	- 0,3	- 4,2	- 0,6	- 4,3	+ 0,9	- 3,2	- 3,1	- 7,1
April	+ 9,3	+ 5,1	+ 3,5	- 0,6	+ 16,9	+ 12,4	- 1,1	- 5,1
Mai	+ 0,6		+ 3,7		+ 2,0		+ 2,4	
Juni	+ 2,8		+ 3,8		+ 2,6		+ 1,3	

(1) Zu jeweiligen Preisen (2) Preisbereinigt
1 Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, lfd.)

Dabei gibt es eine ausgeprägte Auseinanderentwicklung von Inlands- und Auslandsaufträgen. Die in den ersten Monaten sichtbare Besserung der Auftragslage ging fast ausschließlich von den Auslandsaufträgen aus, die Inlandsbestellungen haben dagegen stagniert bzw. sind weiter gesunken.

Auftragseingänge nach Herkunft¹

	Verarbeitendes Gesamt	Grundstoffe und Produktions- güter	Investitions- güter	Verbrauchsgüter
Inland				
Jan.	- 7,7	- 7,2	- 8,0	- 7,8
Febr.	- 5,2	- 7,5	- 4,6	- 3,8
März	- 5,6	- 5,0	- 6,4	- 5,0
April	+ 5,0	+ 0,5	+ 12,1	- 2,5
Mai	- 0,5	- 1,5	- 0,4	+ 0,6
Juni	- 1,6	- 0,6	- 2,2	- 1,7
Ausland				
Jan.	+ 2,1	- 1,2	+ 4,7	- 3,9
Febr.	+ 6,1	+ 4,1	+ 7,4	+ 4,9
März	+ 11,7	+ 8,5	+ 14,2	+ 6,7
April	+ 18,3	+ 9,8	+ 24,9	+ 6,2
Mai	+ 2,5	+ 15,0	- 4,0	+ 11,8
Juni	+ 11,8	+ 13,1	+ 10,3	+ 17,4

¹ Zu jeweiligen Preisen, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht)

Nach wie vor ist fraglich, ob der Belebung der Auslandsaufträge nicht in absehbarer Zeit ein neuer Rückfall folgt. Die Abwertung der DM ist ge-

genüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner der BRD schon im März beendet gewesen. Nur gegenüber dem Dollar hält der Abwärtstrend an. Auf keinen Fall kann damit gerechnet werden, daß die Auslandsaufträge sich weiter verstärken. Da die inländischen Absatzchancen sich weiter vermindern, muß daher vorerst mit einem Fortgang der Krise gerechnet werden, der Tiefpunkt ist noch nicht erreicht.

Damit stehen aber auch die Prognosen für 1981, die zuletzt mit einem Rückgang des Sozialprodukts um real ein bis eineinhalb Prozent gerechnet hatten, erneut in Frage. Denn dabei war davon ausgegangen worden, daß es zur Jahresmitte zu einer Wirtschaftsbelebung kommt.

1.3 Investitionen

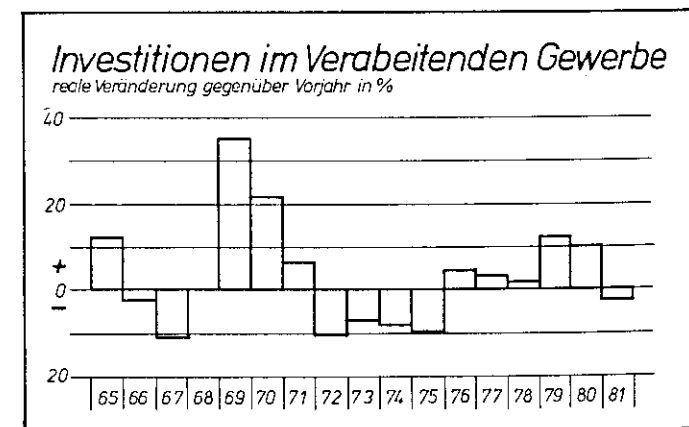
Die Investitionstätigkeit in der Gesamtwirtschaft hat sich in den letzten Monaten weiter abgeschwächt. Die Rationalisierung und Umstrukturierung des Produktionsapparates, verbunden vor allem mit der Einführung der neuen Technik und den gestiegenen Energiekosten, beinhaltet auch für die Investitionsnachfrage nicht genügend Impulse, um den Rückgang der Erweiterungstätigkeit aufzufangen.

Nach den Ergebnissen des Ifo-Investitionstests deuten die Unternehmensplanungen für 1981 auf einen Rückgang des Investitionsvolumens in der Industrie um etwa drei Prozent hin. Stabilisierend wirken dabei nur die Investitionen im Bergbau, die weiter kräftig expandieren.

Bruttoanlageinvestitionen der Industrie¹

	Mill. DM	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr ²
1979	46 230	+ 10
1980	53 500	+ 9
1981	54 600	- 3

¹ Bergbau und verarbeitendes Gewerbe ² Preisbereinigt
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 18/81, S. 9)



In der Bauwirtschaft haben die Investitionen schon 1980 leicht um real ein Prozent abgenommen. Nach den Ergebnissen des Ifo-Investitionstests im Baugewerbe ist für 1981 ein Rückgang um ein Fünftel zu erwarten. Investiert wird dort überhaupt nur noch zu Rationalisierungs- und Ersatzzwecken.

Auch im verarbeitenden Gewerbe ist der Anteil der Erweiterungsinvestitionen, der selbst in den günstigen Konjunkturjahren 1978 und 1979 im Vergleich zu früheren Konjunkturperioden sehr niedrig geblieben war, wieder zurückgegangen.

Zielsetzung der Investitionen¹

	1978	1979	1980	1981
Kapazitätserweiterung	28	31	39	34
Rationalisierung	44	41	36	38
Ersatzbeschaffung	28	28	25	28

¹ Verarbeitendes Gewerbe, Anteile in Prozent
(Quelle: ebenda, S. 11)

Knapp unter 50 Prozent liegt der Anteil der Erweiterungsinvestitionen nur noch im Investitionsgütergewerbe, in allen anderen Bereichen sind es weniger als ein Viertel.

Da bei der Frage des Investitionstests nach dem Ziel der Investitionen nur das Hauptziel angegeben wird und sich in der Praxis die verschiedenen Effekte bei Investitionen überschneiden dürften, wurde in einer weiteren Frage ermittelt, daß bei den Investitionen für 1981 etwa 46 Prozent der Einführung neuer Produktionsmethoden dienen sollen.

Die obenstehende Grafik zeigt, in welchem starkem Maße sich die Investitionsdynamik in den siebziger Jahren abgeschwächt hat. Auch die zum Teil drastische Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Kapitals, die Gewinnsprünge der Jahre 1976, 1978 und 1979, konnten diese Dynamik nicht wiederherstellen. Die Investitionsverlangsamung hat mehrere Ursachen – zu nennen ist an erster Stelle die chronische Absatzschwäche und Unterauslastung der Kapazitäten, aber auch Auswirkungen des technischen Fortschritts sind spürbar. Klar ist inzwischen, daß auch durch eine weitere Steigerung der Gewinne auf Kosten der Löhne und Sozialabgaben kein neuer „Investitionsstoß“ ausgelöst werden wird.

1.4 Außenwirtschaft

Im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Diskussion steht zur Zeit die Außenwirtschaft. Kaum eine wirtschaftspolitische Entscheidung, kaum ein Unternehmerargument, das sich nicht als Erklärung auf die Weltwirtschaft bezieht. Dabei sind die Informationen durchaus widersprüchlich. Angeblich wird die Bundesregierung durch die amerikanische Hochzinspolitik dazu gezwungen, selbst die Zinsen hochzuhalten, die Sozialausgaben zu kürzen, der steigenden Arbeitslosigkeit tatenlos zuzusehen. Dadurch soll verhindert werden, daß die DM gegenüber dem Dollar abgewertet wird, daß die Devisenreserven der Bundesbank schrumpfen, daß die Leistungsbilanz über Wechselkursbedingt steigende Importpreise weiter ins Defizit gerät. Niedrige Zinsen und eine antizyklische Wirtschaftspolitik führen angeblich zur weiteren Abwertung der DM, zum Verlust von Devisenreserven, zum Inflationsimport und zu vergrößerten Defiziten in der Leistungsbilanz.

Die wirtschaftlichen Tatsachen aber stimmen mit dieser behaupteten Ursache-Wirkung-Kette überhaupt nicht überein.

Tatsächlich bleiben die Zinsen in den USA auf einem sehr hohen Niveau, die Zinsen in der Bundesrepublik weisen immer noch eine leicht steigende Tendenz auf. Trotzdem steigt der Wechselkurs des Dollars weiter, die Hochzinspolitik der Bundesbank ist erfolglos.

Trotz Leistungsbilanzdefizit, trotz DM-Abwertung und trotz des Zinsgefälles zu den USA – alle diese Faktoren müßten eigentlich zu einem rapiden Devisenschwund bei der Bundesbank führen – steigen die offiziellen Währungsreserven.

Währungsreserven der Bundesbank

	Mrd. DM
1972	72,9
1975	76,6
1978	102,8
1979	93,9 ¹
1980	77,8
1981, Juni	85,4

¹ Abnahme 1979 bedingt durch Gründung des Europäischen Währungsfonds, also weitgehend buchungs-technisch
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 7/1981, S. 74*)

Seit Oktober 1980, als mit 73,9 Milliarden der Tiefpunkt der Währungsreserven erreicht war, hat vor allem der Zufluß an Leihkapital in die Bundesrepublik die Reserven der Bundesbank um fast 12 Milliarden vergrößert.

Die andauernde Abwertung der DM gegenüber dem Dollar wird in der Wirtschaftspresse meist auf das Leistungsbilanzdefizit zurückgeführt. Erst wenn dieses sich wieder vermindere – durch einen Exportboom,

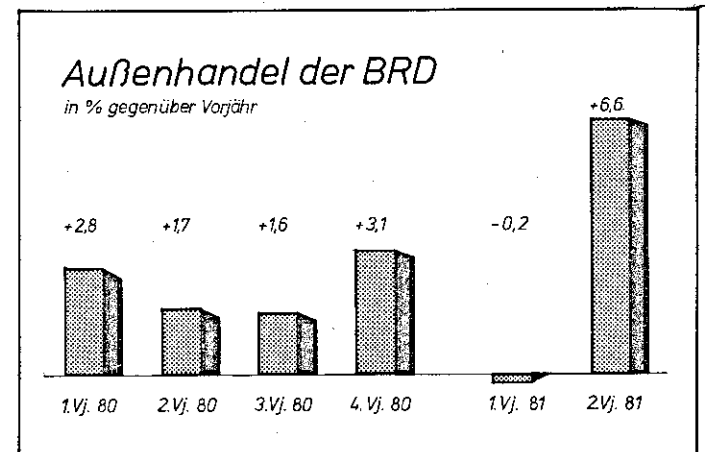
der nur durch niedrige Löhne erreicht werden könne –, werde die DM sich wieder stabilisieren, könnten die Zinsen gesenkt werden.

Tatsächlich konnte die Bundesrepublik in den letzten Monaten wieder einen beträchtlichen Überschuß im Außenhandel erwirtschaften. Im ersten Halbjahr 1981 war der Exportüberschuß um mehr als zwei Milliarden größer als in der vergleichbaren Zeit von 1980. Das Defizit in der Leistungsbilanz hat sich damit in saisonbereinigter Betrachtung deutlich zurückgebildet.

Außenhandel der BRD

	Exporte in Mrd. DM	% ¹	Importe in Mrd. DM	% ¹	Saldo in Mrd. DM	% ¹
1. Vj. 80	88,9	+ 19,5	86,1	+ 29,5	+ 2,8	- 64,1
2. Vj. 80	87,5	+ 11,3	85,8	+ 19,8	+ 1,7	- 75,7
3. Vj. 80	82,9	+ 8,5	81,3	+ 11,5	+ 1,6	- 54,3
4. Vj. 80	91,1	+ 6,9	88,0	+ 6,0	+ 3,1	+ 10,7
1. Vj. 81	91,2	+ 2,6	91,4	+ 6,2	- 0,2	-
2. Vj. 81	97,3	+ 11,2	90,7	+ 5,7	+ 6,6	+ 28,8

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)



Wenn auch aus einem einzigen Quartalsergebnis nicht zu weiterreichenden Schlüssen gezogen werden dürfen, so zeigt doch auch die von Saisonschwankungen und Sonderbewegungen bereinigte Betrachtung, daß die Grundposition der Bundesrepublik im Außenhandel keineswegs so ungünstig ist, wie öffentlich behauptet wird. Bemerkenswert ist vor allem, daß die Vergrößerung des Exportüberschusses und damit die Verringerung des Defizits in der Leistungsbilanz zu einem erheblichen Teil Folge der DM-Abwertung gewesen ist. Während die Bundesbank und die Bundesregierung ihre restriktive Wirtschaftspolitik damit begründen, daß die Leistungsbilanz über eine **DM-Aufwertung** und hohe Zinsen verbessert werden müsse, ist die tatsächlich eingetretene Verbesserung Folge der **DM-Abwertung**, die trotz der Bemühungen der Bundesbank eingetreten ist. Dies alles zeigt, wie wenig die außenwirtschaftlichen Bedingungen eines Landes durch Maßnahmen nationaler Wirtschaftspolitik reguliert werden können. Während die Restriktionspolitik von Bundesregierung und Bundesbank im Sinne der außenwirtschaftlichen Zielsetzungen völlig erfolglos bleibt – die gewünschten Ergebnisse bei der Leistungsbilanz stellen sich spontan und **trotz** der Hochzinspolitik ein –, hat diese Politik im Inland zum Teil katastrophale Folgen. Die Arbeitslosigkeit wird hochgetrieben, zahlreiche kleinere und mittlere Betriebe werden ruiniert, vor allem in der Bauwirtschaft wird die Krise vertieft und verlängert.

Es liegt daher die Vermutung nahe, daß diese krisenfördernde Wirtschaftspolitik der Bundesregierung keineswegs durch die Verhältnisse der Weltwirtschaft, vor allem durch die US-Hochzinspolitik, aufgezungen wird. Dies ist vielmehr eine billige propagandistische Ausrede, die den Kurs des Sozialabbaus als außenwirtschaftlichen „Sachzwang“ darstellen und so die Bundesregierung vor Kritik immunisieren soll. Das „Timing“ zwischen dem kapitalistischen Weltwirtschaftsgipfel in Ottawa und der Verkündung der „Sparbeschlüsse“ der Bundesregierung hat belegt, daß es sich bei dem Verweis auf die außenwirtschaftlichen Verhältnisse lediglich um ein propagandistisches Manöver handelt. In einem Leitartikel mit dem Titel „Wirtschaftsgipfel als Alibi“ meint die „Frankfurter Allgemeine“ (24. 7. 81): „Die unvermeidli-

chen Etatkürzungen werden mit dem Weltwirtschaftsgipfel in Zusammenhang gebracht und damit gewissermaßen einer höheren Instanz zugeschoben.“ Im Kern geht es eben gerade darum, daß die Etatkürzungen keineswegs „unvermeidlich“ sind, sondern Ausfluß einer Wirtschaftspolitik, die alles Heil von der „Selbsttätigkeit“ der Unternehmer erwartet, die es nur ausreichend zu stimulieren gelte – durch Umverteilung zugunsten der Gewinne. Daß es zu dieser Politik – auch im Rahmen der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse – durchaus Alternativen gibt, gerade das hat der Weltwirtschaftsgipfel deutlich gemacht. Dort eröffnete sich nämlich die Möglichkeit, der krisenfördernden, restriktiven Wirtschaftspolitik der USA und Großbritanniens international eine Alternative entgegenzusetzen: Der Regierungswechsel in Frankreich bietet die Chance, im Rahmen Westeuropas die Akzente stärker auf eine aktive Beschäftigungspolitik zu legen, wobei es nun vor dem Hintergrund einer Koordinierung zwischen Frankreich und der Bundesrepublik möglich geworden wäre, die ohnehin innenpolitisch stark unter Beschuß stehenden „Monetaristen“ Thatcher und Reagan international zu isolieren. Ein solcher koordinierter Kurswechsel Frankreichs und der Bundesrepublik hätte großen Beifall bei den kleinen westeuropäischen Ländern gefunden, die – wie z. B. Österreich und Schweden – ohnehin Gegner der Restriktionspolitik sind. Aber auch Japan betreibt eine Wirtschaftspolitik, die antizyklisch ist und dabei auch eine rasch steigende Staatsverschuldung in Kauf nimmt. Alternativen hätten also gerade jetzt international für die Bundesregierung existiert – sie hat bewußt den Kurs der Restriktionspolitik fortgesetzt und verschärft. Sie nimmt dabei nicht nur in Kauf, daß sich im Inland die Krise verlängert und die Arbeitslosenziffern „englische“ Größenordnungen einnehmen – sie übt damit auch einen massiven Druck auf die französische Wirtschaftspolitik aus, die sich zur Zeit bemüht, durch eine expansive Ausgabenpolitik und durch Zinssenkungen die Wirtschaft anzukurbeln und den Anstieg der Arbeitslosigkeit zumindest zu stoppen.

1.5 Der Dollarkurs

Der nun schon mehr als ein Jahr anhaltende Anstieg des Dollarkurses hat die meisten Wirtschaftsbeobachter überrascht. Zu sehr war man daran gewöhnt, die Währung des kapitalistischen Hauptlandes Jahr für Jahr im Abwärtstrend zu sehen. Nun wurde innerhalb eines Jahres der Rückfall des Dollar seit 1976 wieder wettgemacht, alle Bemühungen der Bundesbank, durch Deviseninterventionen und Hochzinspolitik eine weitere Abwertung der DM zu stoppen, sind bis jetzt erfolglos geblieben.

Dollarkurs

	Preis eines Dollar in DM
1976	2,52
1977	2,31
1978	2,01
1979	1,83
1980, Januar	1,72
1981, Januar	2,01
1981, 10. August	2,57

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.; Pressemeldungen)

Einer Erklärung dieser Vorgänge vorzuschicken ist, daß die DM gegenüber den meisten anderen Währungen durchaus ihre Position behauptet hat, es handelt sich also nicht eigentlich um eine **DM-Schwäche**, sondern vielmehr um eine **Dollar-Stärke** gegenüber allen anderen nationalen Währungen, ja sogar gegenüber dem Gold, dessen Preis stark gefallen ist.

Traditionell werden Wechselkursverschiebungen von der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft mit rein wirtschaftlichen „Grundtatsachen“ erklärt – sieht man einmal von kurzfristigen Schwankungen ab. In der Periode des Dollar-Verfalls hatte man dabei vor allem die Differenz der Inflationsraten im Auge: Die Wechselkursverschiebungen zuungunsten des Dollar wurden mit der relativen Preisstabilität in der Bundesrepublik erklärt.

Dieses Erklärungsmuster ist nun zusammengebrochen: Nach wie vor ist die Inflationsrate in den USA fast doppelt so groß wie in der Bundesrepublik.

Auch die anderen wirtschaftlichen „Grundtatsachen“ bieten keine Erklärung für die Umkehr des Dollarkurses: Die Zinsdifferenz zwischen den USA und der BRD ist keine neue Erscheinung, sie ist Folge der unterschiedlichen Inflationsraten. Nur wenn die Kapitalanleger erwarten können, daß die bei US-Anlagen erzielbaren höheren Zinserträge nicht durch den Kursverlust des Dollar wieder zunichte gemacht werden, nur dann rentiert sich für sie eine Dollar-Anlage. Zur Erklärung der Wechselkursentwicklung selbst kann die Zinsdifferenz also kaum etwas beitragen.

Die US-Konjunktur ist – nach einer tiefen Krise 1980 – durch anhaltende Labilität gekennzeichnet, die Produktion stagniert. Die Staatsverschuldung erreicht trotz der Haushaltskürzungen – oder vielmehr wegen ihnen – immer neue Rekordmarken, die Handelsbilanz ist nach wie vor defizitär, wobei in den letzten Monaten wieder eine steigende Tendenz des Defizits festzustellen ist. Nur die Leistungsbilanz ist in etwa ausgeglichen, Folge vor allem des hohen Gewinntransfers der internationalen Konzerne in die USA.

Sprechen die eigentlichen Grunddaten also keineswegs für eine besonders günstige Situation der USA in wirtschaftlicher Hinsicht, so ist die Situation der Bundesrepublik keineswegs so ungünstig, wie es verschiedentlich behauptet wird. Zwar hält auch hier die Wirtschaftskrise an, steigen die Arbeitslosenzahlen – gleichzeitig aber sind die Unternehmensgewinne hoch, ist die Inflationsrate im internationalen Vergleich niedrig. Auch die Leistungsbilanz hat sich – abgesehen von Sonderbewegungen – dank der gestiegenen Exporte deutlich gebessert, wenn auch das Defizit immer noch existiert. Vordem war immer behauptet worden, daß schon eine Tendenz zum Abbau des Defizits die Abwertung der DM rasch beenden würde – nun sinkt das Defizit, sogar rascher als ursprünglich erwartet, ohne daß der Dollarkurs auch nur zum Stehen gekommen ist. Für den Umschwung in der Entwicklung des Dollarkurses muß es also andere Ursachen geben. Dabei verflechten sich ökonomische und politische Faktoren. Ökonomisch bedeutsam ist zunächst die Tatsache, daß auf den internationalen Geld- und Kapitalmärkten – weitgehend außerhalb der Kontrolle nationaler Notenbanken – von den internationalen Konzernen gewaltige Kapitalmassen in Form von Geldkapital bewegt werden. Die dort angelegten Mittel übersteigen die Devisenreserven der staatlichen Notenbanken bei weitem. Private Devisenspekulationen können so immer auch gegen die Interventionen von Nationalbanken durchgesetzt werden und ertragreich sein. Staatliche Deviseninterventionen zur Verteidigung eines bestimmten Wechselkurses können leicht durch entsprechende Devisenoperationen einiger internationaler Konzerne durchkreuzt werden. So ist es der Bundesbank trotz massiver Interventionen im August – innerhalb einer Woche wurde der DM-Kurs durch den Verkauf von 1,3 Milliarden Dollar gestützt – nicht gelungen, den Dollarkurs unter der Marke von 2,50 DM zu halten.

Der Grund für die Bevorzugung des Dollar durch die privaten Anleger von Geldkapital hängt sicher auch mit den hohen US-Zinsen zusammen. Sie bilden einen zusätzlichen Anreiz. Ursächlich aber ist die neue Linie der US-Politik, der schon von Carter mit seiner „Menschenrechtspolitik“ eingeleitete Versuch, die Führungsrolle der USA in der Welt wiederzugewinnen. Der Kurs der „Austerität“ im Innern und die aggressive Rüstungspolitik nach außen sind geeignet, die Position der USA im internationalen Kräftefeld zunächst wieder zu vergrößern. Es kommt daher nicht von ungefähr, daß jede internationale Entwicklung, die diesem Kurs neue Ansatzpunkte gibt, auch den Dollarkurs hochtreibt. Fast täglich finden sich in der Wirtschaftspresse Formulierungen wie diese: „Wenn zum Wochenschluß insbesondere die europäischen Währungen dem Dollar zu Füßen lagen, könnte das damit in Zusammenhang gestanden haben, daß der Krisenfaktor Polen zuletzt wieder mehr in den Vordergrund rückte“ („Handelsblatt“ v. 10.8.81). Nach dieser Interpretation eröffnet der „Krisenfaktor Polen“ der aggressiven Außenpolitik der USA neue Spielräume.

Ist die Hauptursache des Dollar-Anstiegs so politischer Natur – und auch bei bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftlern herrscht Einigkeit darüber, daß der Dollar ökonomisch schon jetzt „überbewertet“ ist – so muß jede europäische Anpassung an die US-Politik den Dollar weiter in die Höhe treiben. Denn wenn z. B. Helmut Schmidt der Stationierung

amerikanischer Mittelstreckenraketen auf deutschem Territorium zustimmt, wenn er den Beschluß zum Bau der Neutronenbombe ohne Kritik zur Kenntnis nimmt, dann bedeutet dies eine Anerkennung der Führungsrolle der USA, eine Unterordnung unter die politische Orientierung des US-Präsidenten. Eine klare Stellungnahme gegen die amerikanische Linie in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Ottawa wäre für den Kurs der DM gegenüber dem Dollar sicher wirksamer gewesen als Hochzinspolitik und „Sparprogramm“ zusammengenommen. Tatsächlich ist der Dollarkurs, der vor dem „Gipfel“ einige Wochen bei 2,40 DM stagniert hatte, erst nach Ottawa wieder weiter gestiegen. Die internationale Devisenspekulation hat die Beschlüsse von Ottawa mit Recht als „Sieg“ der USA charakterisiert und weiter auf den Dollar gesetzt. Eine Bundesregierung, die sich – um im Bild zu bleiben – Reagan politisch „zu Füßen legt“, darf sich nicht wundern, wenn es ihre Währung ebenfalls tut.

2 Unternehmensgewinne und Konzentration

2.1 Unternehmensgewinne

Die Unternehmensgewinne als besonders konjunkturabhängige Einkommensart sind von der seit Mitte 1980 andauernden zyklischen Wirtschaftskrise nicht ganz unberührt geblieben. Nach ersten Schätzungen gehen die „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ 1981 leicht zurück.

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen¹

	1979	1980	1981 ²	1982 ²
Brutto	+ 9,1	+ 2,5	– 1,0	+ 9,0
Netto	+ 11,6	+ 3,7	– 1,5	+ 9,5

¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent
² Schätzung bzw. Prognose des Ifo-Instituts
 (Quelle: Wirtschaftskonjunktur 7/81, S. A 13)

Für 1982 wird wieder auf einen kräftigen Anstieg gehofft, wobei dies allerdings zur Voraussetzung hat, daß es zum Jahresende 1981 zu einer konjunkturellen Belebung kommt.

Auch bei den Dividenden ist es zu einem leichten Rückgang gekommen. Eine Statistik des Statistischen Bundesamtes, die etwa 400 Aktiengesellschaften berücksichtigt, weist einen Rückgang der Durchschnittsdividende je 100-DM-Aktie von DM 21,41 Ende 1981 auf DM 19,85 zum 30. Juni 1981 aus. Da die Dividendenausschüttung meist dem laufenden Geschäftsjahr angepaßt wird, drückt sich darin bereits die aktuelle Gewinnlage der Gesellschaften aus. Der Gewinnrückgang muß also bisher besonders milde ausgefallen sein.

Dies belegen auch die verschiedenen Gewinnvorausschätzungen, auf die man bei einer Analyse mangels einigermaßen aktueller Statistiken über die laufende Gewinnentwicklung angewiesen ist.

Demnach entwickeln sich die Gewinne sehr unterschiedlich. Die Frankfurter BHF-Bank korrigierte die Gewinnerwartung je Aktie für VW deutlich nach unten, während Daimler-Benz sogar noch ein Gewinnanstieg zugetraut wird. Für die Großchemie werden 1981 etwa gleich hohe Gewinne angenommen wie 1980, während der Baukonzern Hochtief trotz Baukrise einen regelrechten Gewinnsprung nach oben macht. Dies gilt im übrigen ähnlich auch für die meisten anderen großen Baukonzerne. Hier zeigt sich, daß die Zugehörigkeit zu einer Krisenbranche je nach Unternehmensgröße ganz unterschiedliche Auswirkungen haben kann.

Bezeichnend sind die Meldungen über die Gewinne in der Mineralölindustrie. So stand in der „Frankfurter Allgemeinen“ vom 4. August 1981 die Meldung „Die deutsche Shell schreibt rote Zahlen“. In der gleichen

Ausgabe dieser Zeitung findet sich eine Statistik der fünfzig größten Industrieunternehmen der Welt, die den niederländisch/britischen Oilmulti Royal Dutch/Shell als das zweitgrößte Unternehmen der Welt (nach Exxon) ausweist. Es erzielte 1980 mit 5,2 Milliarden Dollar, also etwa 12 Milliarden DM, einen Rekordgewinn. Tatsächlich eröffnet der steigende Dollarkurs die Möglichkeit, bei den deutschen Gesellschaften wechselkursbedingte Mehrkosten auszuweisen, die auf die Preise überwältzt werden. Gleichzeitig führt der Dollaranstieg aber bei den internationalen Muttergesellschaften zu gewaltigen Währungsgewinnen.

Gewinnzuwächse weisen trotz der Krise auch die Kaufhauskonzerne und die Großbanken aus. Der „laufende Überschuß“ der Deutschen Bank lag im ersten Halbjahr 1981 um 23 Prozent, derjenige der Dresdner Bank um 27 Prozent und der Commerzbank – die im Vorjahr mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte – sogar um 110 Prozent über dem Vorjahresstand.

2.2 Konzentration

Der Prozeß der Unternehmenskonzentration hat sich auch im Jahre 1980 weiter beschleunigt. Typisch sind – wie in den letzten Jahren – weiterhin Aufkäufe kleiner und mittlerer Unternehmen durch Großkonzerne. Die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche und Konkurse, die 1978 und 1979 leicht zurückgegangen war, ist 1980 und vor allem 1981 wieder rasch gestiegen.

Insolvenzen und Fusionen

	1970	1975	1977	1979	1980	1981 ¹
Insolvenzen	4 201	9 195	9 562	8 319	9 140	11 400
Fusionen	305	448	554	602	635	–

¹ Schätzung der Wirtschaftsauskunftei „Schimmelpfeng“
 (Quelle: Frankfurter Rundschau vom 30. Juni 1981)

Von den 1980 angezeigten Unternehmenszusammenschlüssen entfällt gut ein Viertel auf nur neun Industrieunternehmen. In den letzten zwei Jahren tätigte die BP 134 und die Veba 82 Unternehmensaufkäufe, durch die die Energiekonzerne vor allem in den Brennstoffhandel einstiegen.

Die Zahl der Insolvenzen liegt zur Zeit bereits um fast ein Drittel über dem Vorjahresstand. Betroffen sind vor allem kleine und mittlere Unternehmen im Handel, im Baugewerbe und im Dienstleistungsbereich. Neben den Auswirkungen der Wirtschaftskrise schlagen sich hier auch die Folgen der Hochzinspolitik der Bundesbank nieder. Die Pleitenwelle bedroht nicht nur die Reste von freiem Wettbewerb in einzelnen Bereichen, sie stellt auch eine der Ursachen für die wachsende Arbeitslosigkeit dar. Nach Schätzungen des Verbandes der „Vereine Creditreform“ wurden 1980 insolvenzbedingt 255 000 Arbeitskräfte „freigesetzt“, also fast 30 je Konkursfall.

Große Konzentrationsfälle, d.h. „Elefantenhochzeiten“ sind in der Bundesrepublik in den letzten Monaten nur wenige bekanntgeworden. Dazu muß auf jeden Fall die lange geplante Fusion von Messerschmitt-Bölkow-Blohm mit VFW-Bremen gezählt werden, durch die der lange auch von der Regierung gewünschte nationale Flugzeugkonzern entstanden ist. Ein anderes bedeutendes Ereignis ist die Bekanntgabe der Kooperationspläne zwischen AEG-Telefunken, Telefonbau und Normalzeit (eine AEG-Beteiligung) und dem Bosch-Konzern. Eine finanzielle Verflechtung ist geplant, wobei sich die in Finanzschwierigkeiten steckende AEG wohl einen größeren Mittelzufluß seitens Bosch verspricht.

Bedeutsam sind auf dem Konzentrationsfeld die Ereignisse in den USA, die früher oder später auch Auswirkungen auf die Bundesrepublik haben werden. Grundlage der dort stattfindenden Umorganisation der Unternehmenslandschaft durch eine Kette von „Elefantenhochzeiten“ ist die Stärkung der Ölkonzerne seit 1973/74, also seit der ersten „Ölkrise“. Erleichtert werden diese Vorgänge durch die erklärte Haltung der Reagan-Administration, die Großfusionen fördert.

Die Veränderung der Unternehmenslandschaft der kapitalistischen Welt spiegelt sich in der Liste der größten Industriekonzerne wider: Von den – gemessen am Umsatz – 50 größten Unternehmen der kapitalistischen Welt sind inzwischen 23 Ökonzerne. Unter den 10 größten finden sich nur noch zwei Monopole (General Motors und Ford), die nicht der Mineralölbranche zuzuordnen sind. Die Spitze nimmt mit weitem Abstand Exxon ein, die mit einem Umsatz von 103 Milliarden Dollar und einem Gewinn von 5,7 Milliarden Dollar im Jahre 1980 in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung Ländern wie Belgien oder den Niederlanden vergleichbar ist (gemessen am Sozialprodukt).

Der Aufstieg der Ökonzerne schlägt sich in einem grassierenden „Fusionsfieber“ nieder. Allein im ersten Vierteljahr 1981 wurden in den USA 25 Großfusionen mit einem Wert von jeweils mehr als 100 Millionen Dollar registriert – im ganzen Jahr 1975 waren es nur 15 gewesen. Die spektakulärste Fusion ist wohl der Zusammenschluß zwischen dem Chemiekonzern Dupont und der Ölgesellschaft Conoco, bei der ein Kaufpreis von 7,6 Milliarden Dollar im Gespräch ist. Dies wäre die größte Firmentransaktion in der Geschichte des Kapitalismus überhaupt.

Haupttriebkraft der Fusionen in den USA ist das Bestreben der Ökonzerne, ihre gewaltigen Gewinne und flüssigen Mittel zu benutzen, um in andere Wirtschaftsbereiche einzusteigen. Unterm Strich scheinen die Ökonzerne ihre Position im kapitalistischen Kräftegefüge in den siebziger Jahren gestärkt zu haben. Zwar haben sie durch die Nationalisierung der Fördergesellschaften in den meisten OPEC-Ländern ein wichtiges „Bein“ verloren, konnten ihre Monopolstellung bei Vertrieb und Verarbeitung aber offensichtlich profitsteigernd nutzen und so die ökonomischen Folgen der Nationalisierungen mehr als ausgleichen. Selbst wenn es den OPEC-Ländern gelingen sollte, die Ökonzerne zumindest teilweise auch bei Vertrieb und Verarbeitung zurückzudrängen – es sind dazu schon heute Tendenzen sichtbar – konnten diese ausreichend Mittel akkumulieren, um in anderen Bereichen, vor allem im Bergbau und in anderen Rohstoffsektoren, neue Monopolpositionen auszubauen. Wenn als ein wichtiges Ergebnis der „Ölkrise“ der siebziger Jahre eine stärkere Stellung der Entwicklungsländer in der Welt konstatiert werden kann, so darf nicht vergessen werden, daß sie auch den Energiekonzernen eine Spitzenstellung verschafft haben.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die Tariflöhne und -gehälter wurden in den Lohnverhandlungen des ersten Halbjahres 1981 um knapp 5 Prozent erhöht. Dies reichte bei weitem nicht aus, um die Kaufkraft der Löhne und Gehälter zu erhalten. Der Reallohnrückgang hat sich gegenüber 1980 etwas beschleunigt.

Reallohnentwicklung¹

	1979	1980	1. Hj. 1981	2. Hj. 1981
Bruttolohn- und Gehaltssumme	+ 7,5	+ 7,9	+ 4,5	+ 2,5
Nettolohn- und Gehaltssumme	+ 7,9	+ 6,4	+ 4,0	+ 2,0
Je Beschäftigten	+ 6,0	+ 5,1	+ 4,5	+ 3,5
Inflationsrate	+ 4,1	+ 5,5	+ 5,6	+ 5,5
Realeinkommen je Beschäftigten	+ 1,9	– 0,4	– 1,1	– 2,0

¹ Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr
² Schätzung des Ifo-Instituts; eigene Schätzung
 (Quelle: Wirtschaftskonjunktur 7/81, S. A 13)

Lohndrift 1980/81¹

	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1981 1. Vj.
Tariflöhne	+ 4,2	+ 6,6	+ 7,5	+ 7,7	+ 7,3
Effektivlöhne	+ 9,3	+ 7,1	+ 7,8	+ 5,7	+ 2,8
Lohndrift	+ 5,1	+ 0,5	+ 0,3	– 1,8	– 4,5

¹ Wochenlöhne der Arbeiter, Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr
 (Quelle: DIW-Wochenbericht 29/81, S. 330)

Verschärft wird der Einkommensrückgang durch die sinkende Beschäftigung, die Kaufkraft der Lohn- und Gehaltssumme wird 1981 mindestens drei Prozent niedriger sein als 1980. Nur ein Teil des Rückgangs wird durch den Anstieg der Unterstützungszahlungen ausgeglichen.

Verantwortlich für den Reallohnrückgang sind nicht nur die Tarifabschlüsse dieses Jahres, sondern auch die Umkehr der Lohndrift: Durch Kürzung von Überstunden, durch Kurzarbeit und die Verringerung übertariflicher Leistungen stiegen die Effektivlöhne nun langsamer als die Tariflöhne, die Lohndrift wurde negativ.

Die Umkehr der Lohndrift ist etwas überzeichnet durch die witterungsbedingten Schwankungen der Arbeitsstundenzahl in der Bauwirtschaft, die Tendenz ist jedoch richtig ausgedrückt.

Schon jetzt fangen die Unternehmer und die Bundesregierung an, die neue Lohnrunde 1982 vorzubereiten. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall ließ verlauten, ein Prozent weniger Lohnerhöhung ersetze die diskutierte Ergänzungsabgabe. Die Bundesregierung ließ Überlegungen an die Öffentlichkeit dringen, nach denen die für die Beamten dekretierte dreimonatige Lohnpause nicht nur der Gewerkschaft ÖTV für die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes anempfohlen werden sollte, sondern darüber hinaus auch den übrigen Industriegewerkschaften. Auch dies ist ein wichtiger Effekt des „Sparprogramms“: es soll die Stimmung für eine Verschärfung des Reallohnabbaus bereitet werden.

3.2 Steuern

Die Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs, die für 1981 eine leichte Entlastung bei der Lohnsteuer bringen sollte (vgl. INFORMATIONEN 4/80), hat in Wirklichkeit den Belastungsanstieg noch nicht einmal vorübergehend gestoppt. In den ersten 5 Monaten von 1981 lagen die Lohnsteuereinnahmen des Staates um 6 Prozent über denen von 1980, während die Bruttolohn- und -gehaltssumme sich nur um etwa 4 Prozent erhöhte.

Die durchschnittliche Belastung der Löhne und Gehälter durch die Lohnsteuer steigt trotz der seit 1975 in kurzen Abständen verfüigten Tarifänderungen weiter an.

Durchschnittsbelastung mit Lohnsteuer

	In Prozent der Bruttoeinkommen
1975	14,4
1978	15,3
1979	15,0
1981	16,0

(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 7/81, S. 21)

Ohne eine erneute Reform des Steuertarifs würde die Belastung bis 1985 20 Prozent erreicht haben. Voraussichtlich aber wird für das Wahljahr 1984 wieder eine „Entlastungsmaßnahme“ durchgeführt werden, die den Belastungsanstieg verlangsamt.

Bei den Beratungen über den „Sparhaushalt“ 1982 wurde erneut deutlich, wie eng der Zusammenhang zwischen Sozialabgaben und Lohn-

steuern ist. So spart der Bundeshaushalt durch die Erhöhung des Beitragssatzes zur Bundesanstalt für Arbeit um 0,5 Prozent Zuschüsse an die BfA in Höhe von 3,5 Milliarden DM. Was auf der einen Seite durch steuerliche „Entlastungsmaßnahmen“ unter großem propagandistischen Aufwand als Maßnahme im Interesse der Arbeiter und Angestellten verfügt wurde, wird diesen an anderer Stelle durch Beitragserhöhungen bei der Sozialversicherung wieder genommen.

3.3 Sozialabbau

Mit der von langer Hand vorbereiteten Verkündung der „Sparbeschlüsse“ für den Bundeshaushalt 1982 am 30. Juli – einige Entscheidungen wurden auf Anfang September verschoben – hat die Strategie des Sozialabbaus eine neue Qualität angenommen. Dies gilt vor allem für die Dimension der Einsparungen. Bemerkenswert ist aber auch, daß in den vorangegangenen Jahren immer noch Streichungen in einem Bereich von kleinen Verbesserungen in anderen Bereichen begleitet waren. So waren erst Anfang 1981 Verbesserungen beim Kindergeld und beim Wohngeld in Kraft getreten. Diese wurden nun wieder rückgängig gemacht.

Man wagt sich zudem heute offen an die sozialen „Leistungsgesetze“ selbst heran, es geht in der propagandistischen Darstellung nicht mehr nur um die Abschaffung von „Mißbrauch“. Trotzdem muß festgehalten werden, daß auch die nun vom Bundeskabinett vorgelegten „Sparbeschlüsse“ nicht der große Einschnitt ins System der sozialen Sicherung sind. Ein Gewirr von etwa 150 verschiedenen Maßnahmen, die z. T. im Hin- und Herschieben von Mitteln zwischen den einzelnen Sozialversicherungsträgern bestehen, machen deutlich, daß die Bundesregierung noch immer auf Zeitgewinn arbeitet, daß sie immer noch versucht, sozialen Widerstand gegen den Sozialabbau durch eine verwirrende Verschleierungstaktik zu unterlaufen. Jede „Sparmaßnahme“ hat dabei die Funktion, die Stimmung für weitere, tiefere Eingriffe zu bereiten, die Betroffenen psychologisch weichzuklopfen für den Schritt für Schritt vollzogenen Umbau des Systems der sozialen Sicherung.

Es seien im folgenden die wichtigsten der 150 „Sparbeschlüsse“ genannt:

Die Hauptlast hat die **Bundesanstalt für Arbeit** (BfA) zu tragen. Durch Leistungskürzungen sollen dort 3,6 Milliarden gespart werden. Hauptposten sind (erhoffte Beträge in Millionen DM):

- Ausschluß von Nicht-Beitragszahlern von der Arbeitslosenhilfe (470)
- Kürzung bei beruflicher Bildung (965)
- Verschärfung des Zwangs zur Arbeitsannahme durch Ausweitung des Zumutbarkeitsbegriffs und Verlängerung der Sperrzeiten (300)
- Kürzung bei der Arbeitsbeschaffung (300)
- Einschränkung beruflicher Rehabilitation Behinderter (500)
- Berücksichtigung der Arbeitslosenunterstützung bei der Lohnsteuer (300)

Einige wenige Maßnahmen, so die Einschränkung des Mißbrauchs beim Kurzarbeitergeld, betreffen auch die Unternehmer. Die dadurch erzielten Einsparungen liegen aber unter 100 Millionen, stehen also in keinem Verhältnis zum Gesamtpaket. Zudem ist zu berücksichtigen, daß vom verschärften Zwang zur Annahme ungünstiger Arbeitsverhältnisse allein die Unternehmer profitieren.

Ein Meisterstück der Verwirrung hat sich die Bundesregierung mit der Erhöhung des Beitrags zur BfA von 3 auf 3,5 Prozent des Bruttolohns geleistet. Gleichzeitig wird die 1981 wirksam gewordene Erhöhung des Rentenversicherungsbeitrags von 18 auf 18,5 Prozent für zwei Jahre zurückgenommen. Die Bundesregierung spart so auf Kosten der Rücklagen der Rentenversicherung 3,5 Milliarden Zuschüsse zur BfA. Gleichzeitig schafft sie sich dadurch einen wirksamen „Sachzwang“, mit dem sie die in den nächsten Jahren anstehenden Leistungskürzungen der Rentenversicherung publikumswirksam begründen kann.

Außerdem hat sie sich vorsorglich die gesetzliche Möglichkeit geschaffen, den Beitrag zur BfA auf dem Verordnungswege auch auf 4 Prozent

erhöhen zu können. Schon jetzt ist klar, daß die BfA zusätzliche Gelder benötigt: Ihr Haushaltsplan geht von 1,3 Millionen Arbeitslosen 1982 aus, eine Zahl, die voraussichtlich schon in diesem Jahr erreicht sein wird.

Für steigende Arbeitslosigkeit sorgen u. a. auch die „Sparbeschlüsse“ im Bereich des **öffentlichen Dienstes**. Bei Bund, Ländern und Gemeinden sollen auf dem Personalsektor 2,4 Milliarden gespart werden durch:

- Streichung von Stellen (130 nur beim Bund)
- Verschiebung von Besoldungserhöhungen um 3 Monate (820)
- Wegfall von Zuschlägen (1300)

Die jetzt verkündeten Kürzungsabsichten stellen dabei nur die Spitze des Eisbergs dar. Denn die Länder- und Gemeindehaushalte verfügen z. T. weit einschneidendere Einschränkungen.

Über den öffentlichen Bereich hinaus wird die angestrebte „Lohnpause“ den privaten Unternehmern als Argument in den Tarifausschließungen des nächsten Jahres dienen, auch dies also eine Maßnahme, von der die Unternehmen profitieren.

Offiziell größtenteils nicht Teil der „Sparbeschlüsse“ sind die Maßnahmen im **Gesundheitswesen**. Ziel der im Bundesgesundheitsministerium erarbeiteten 28 Kürzungsvorschläge ist langfristig die Etablierung eines Systems der Versichertenbeteiligung an den Kosten.

Einige Kernpunkte des Programms:

- Begrenzung der Pflegedauer in Krankenhäusern (Entbindung!)
- Erhöhung der Selbstbeteiligung bei Zahnersatz
- Quartalsbindung der Krankenscheine
- Einschränkung von Kuren (Teil der „Sparbeschlüsse“, 600)

Trotz dieser Leistungskürzungen werden die Beiträge 1982 voraussichtlich weiter um durchschnittlich 0,5 Prozent steigen. Ausgaben der Rentenversicherung von 2 Milliarden werden auf die Krankenkassen verlagert.

Beschlossen wurde weiter eine Kürzung des **Kindergeldes** um 1,5 Milliarden. Die Modalitäten werden erst im September geklärt.

Weitere Kürzungen seien genannt beim **Wohngeld** (83), bei den Zuschüssen zur **Studentischen Krankenversicherung** (40), beim **Mutterschaftsgeld** (20), bei den **Kriegsopfern** (325), bei den Beihilfen zur **Knappschaft** (30) und zur **Altersversicherung der Landwirte** (210).

Die Kürzungen bei den „Leistungsgesetzen“ sollen sich 1982 auf etwa 12,5 Milliarden belaufen. Weitere vier Milliarden sollen von den Ministerien in den Etats zusätzlich eingespart werden, wobei der Rüstungshaushalt ausdrücklich ausgenommen wurde.

Streichungen auf der Ausgabenseite stehen Veränderungen bei den Steuereinnahmen gegenüber. Hauptposition ist hier die Erhöhung der **Tabaksteuer** um 1,4 Milliarden. Neben dieser die Verbraucher belastende Maßnahme ist ein **Subventionsabbau** vorgesehen. Doch auch hier ist der soziale Gehalt eindeutig: Die Mehreinnahmen werden hauptsächlich durch die Kürzung der **Arbeitnehmersparzulage** und die Streichung des erst im letzten Jahr erhöhten **Haushaltsfreibetrags** für Alleinstehende über 49 Jahren (1320 Millionen) erzielt. Zu begrüßen ist sicher die Streichung einiger Steuervergünstigungen für Unternehmer. So wurde z. B. die Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen bei Unternehmensverkauf („§ 6b“) auf 80 Prozent des Ertrags begrenzt: Der § 6b des Einkommensteuergesetzes wurde einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, als Flick 1975 durch Verkauf seines Daimler-Benz-Aktienpakets und die folgende Wiederanlage u. a. in einer US-Beteiligung – größtenteils als „volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig“ anerkannt – rund 850 Millionen Steuern „sparte“.

Die Mehreinnahmen aus dieser bescheidenen Subventionskürzung werden auf „längerfristig“ 150 Millionen geschätzt.

Diesen ohnehin nur geringfügigen Kürzungsmaßnahmen im Bereich der Unternehmenssubventionen stehen jedoch Vorhaben gegenüber, die durch **Ausdehnung der degressiven Abschreibung für Ausrüstungen** und die **Erhöhung der Abschreibung auf Gebäude** den

Unternehmern neue Steuergeschenke bringen. Allein die Ausweitung der degressiven Abschreibung verringert die Steuereinnahmen zwischen 1982 und 1985 um 9,7 Milliarden. Bezeichnet werden diese Maßnahmen verschämt als „investitionsfördernd“ oder – unverschämt – als „beschäftigungssichernd“. Dies wider besseres Wissen, denn die Erfahrungen mit Abschreibungsvergünstigungen belegen, daß hier die „Mitnahmeeffekte“ im Vordergrund stehen. Ohnehin geplante Investitionen werden gewinnsteigernd subventioniert. Arbeitsplatzschaffende Erweiterungsinvestitionen werden nicht angeregt, diese sind nach allen Untersuchungen weitgehend nachfrageabhängig. Zu erwarten ist lediglich, daß einige Rationalisierungsinvestitionen früher „rentabel“ sind und daher vorgezogen werden. Deren Arbeitsplatzeffekt ist jedoch negativ.

Auch eine andere, zeitgleich bekanntgewordene Entscheidung muß im Zusammenhang der „Sparbeschlüsse“ gesehen werden. Die Bundesregierung wird unter finanzieller Beteiligung der Länder und Gemeinden der **Stahlindustrie** im Laufe von drei Jahren zusätzliche Subventionen von 1,8 Milliarden DM gewähren. Sie dienen in erster Linie in Form von Investitionszulagen der Modernisierung und der Kapazitätsabbau, nur ein kleiner Teil ist für die Schaffung von „Ersatzarbeitsplätzen“ und für Sozialpläne vorgesehen.

Die vieldiskutierte **Ergänzungsabgabe** auf die Lohn- und Einkommensteuer soll erst im September entschieden werden. Selbst wenn dieser Zuschlag auf die hohen Einkommen beschränkt bleiben sollte, wird dadurch keine „soziale Ausgewogenheit“ der Maßnahmen hergestellt. „Investitionsfördernde“ Begünstigungen der Gewinne und einige zusätzliche Belastungen der hohen Einkommen würden sich dann weitgehend aufheben – genaueres kann erst im September gesagt werden –, während die massiven Mehrbelastungen im sozialen Sektor bleiben.

„Soziale Ausgewogenheit“ wird auch durch die Maßnahmen im Rüstungshaushalt nicht hergestellt: Hier ist nach dem Motto „Zwei Schritte vor, einer zurück“ der Ausgabenanstieg von etwa 9 Prozent – Apel hatte ursprünglich fast 4 Milliarden zusätzlich gefordert – auf 4,2 Prozent begrenzt worden (ca. 1,8 Milliarden mehr). Diese „Kürzung“ des Verteidigungsetats ist z. T. aber nur optisch: die Kürzungen betreffen vor allem die Einkommens- und Sozialleistungsteile, während die eigentlichen Rüstungsausgaben auch real steigen: Die Bundesregierung spricht daher gegenüber der NATO von einer realen Erhöhung der Rüstungsausgaben um 1,8 Prozent. So verringert die Bundesregierung z. B. die Beitragsleistungen an die Rentenversicherung, die sie für die Wehrpflichtigen zu leisten hat, um 360 Millionen jährlich. Sie geht nun nur noch von 75 Prozent des Durchschnittsverdienstes als Bemessungsgrundlage aus. Diese Summe „spart“ der Rüstungsetat auf Kosten der Rentenversicherung.

Die Einbeziehung der Abschreibungserleichterungen und der zusätzlichen Subventionen in die Betrachtung führt zu der Erkenntnis, daß es bei den Beschlüssen vom 30. Juli nicht einfach ums „Sparen“ geht. Wichtiger und bezeichnender ist der Verteilungsaspekt der Maßnahmen: Sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite geht es um eine zusätzliche Belastung der Arbeiter, Angestellten und Sozialempfänger, um eine Entlastung der Gewinne und Unternehmen.

3.4 Preise

Alle amtlichen Prognosen hatten – mit Blick auf die Lohnverhandlungen im Frühjahr – eine Verlangsamung des Preisanstiegs im Jahresverlauf angesagt. Dies ist bis jetzt nicht eingetreten, der Preisanstieg scheint sich auf allen Ebenen vielmehr weiter zu beschleunigen.

Der beschleunigte Preisanstieg hat sich auch beim Verbraucherpreisindex niedergeschlagen, der sich – im Jahresvergleich – wieder einer Anstiegsrate von 6 Prozent nähert.

Die Unterschätzung des Energieanteils an den Verbrauchsausgaben, wie sie der den Preisindexberechnungen zugrunde liegende „Warenkorb“ beinhaltet, hat den amtlichen Preisindex immer mehr in das Schußfeld öffentlicher Kritik geraten lassen. Teilweise werden die amtlichen Ergebnisse schlicht als falsch bezeichnet. (Zur Berechnungsmethode des Preisindex vgl.: Informationsbericht des IMSF Nr. 32,

Ausgewählte Preisindizes

	Industrie- preise		Landwirtschafts- preise		Import- preise		Großhandels- preise	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	+ 1,0	+ 6,8	– 0,8	+ 1,3	+ 3,2	+ 11,5	+ 0,9	+ 5,7
Februar	+ 0,8	+ 6,7	+ 0,1	+ 1,5	+ 2,9	+ 13,2	+ 1,3	+ 5,8
März	+ 0,9	+ 7,0	+ 0,9	+ 2,6	+ 0,2	+ 12,0	+ 1,7	+ 7,1
April	+ 1,0	+ 6,8	– 0,3	+ 4,3	+ 0,7	+ 11,8	+ 0,6	+ 7,4
Mai	+ 0,6	+ 7,0	– 0,5	+ 4,6	+ 1,5	+ 14,2	+ 0,1	+ 6,7
Juni	+ 0,4	+ 7,3			+ 1,5	+ 16,2	+ 0,2	+ 6,6

1 In Prozent gegenüber dem Vormonat

2 In Prozent gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Lebenshaltungsindex 19801

	Veränderung in % gegenüber dem Vormonat		gegenüber dem Vorjahresmonat	
Januar		+ 0,8		+ 5,8
Februar		+ 0,7		+ 5,5
März		+ 0,7		+ 5,5
April		+ 0,7		+ 5,6
Mai		+ 0,4		+ 5,6
Juni		+ 0,5		+ 5,5
Juli		+ 0,4		+ 5,8

1 Alle Haushalte

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.)

„Preisindizes für die Lebenshaltung und die Entwicklung der Verbraucherpreise.“) Eine Forschungsgruppe Oldenburger Wissenschaftler errechnete, daß allein die systematische Unterschätzung des Energiepreisanstiegs den amtlichen Index in den beiden Jahren 1979 und 1980 um zusammen 0,8 Prozent heruntergedrückt hat. Damit hätte ein zusätzlicher Kaufkraftentzug bei den Löhnen und Gehältern von 6 Milliarden DM stattgefunden.

Besonders beunruhigend ist die Tatsache, daß nun auch die Nahrungsmittelpreise verstärkt ansteigen, vor allem Obst und Gemüse weisen zum Teil zweistellige Preissteigerungsraten auf. Kartoffeln sind zur Zeit fast 20 Prozent teurer als im Vorjahr. Damit ist nun auch der Bereich von massiven Preiserhöhungen erfaßt, der bisher den Anstieg der Lebenshaltungskosten noch etwas gebremst hatte.

Verantwortlich gemacht wird für die erneute Preisbeschleunigung in erster Linie die Abwertung der DM, die die Importe verteuert. Dies gilt allerdings nur für die auf Dollar laufenden Rohstoffimporte, vor allem die Einfuhren von Rohöl, denn nur gegenüber dem Dollar wertet sich die DM weiter ab.

Tatsächlich stiegen die DM-Preise für Rohölimporte weiter an, obwohl die Weltmarktpreise, die in Dollar lauten, leicht rückläufig sind.

Rohstoffpreise

	HHWA-Index1	Rohöl in Dollar2	Rohöl in DM2
Juli 1980	230,3	32,0	55,90
Oktober 1980	237,8	33,2	61,11
Januar 1981	246,2	36,1	72,50
April 1981	242,6	36,1	77,98
Juni 1981	237,9	35,5	84,41
Juli 1981	237,8	35,0	85,56

1 Index 1975 = 100, auf Dollarbasis

2 Je barrel = 159 Liter

(Quelle: Ifo-Schnelldienst 21/81, S. 9; eigene Berechnungen)

Ist der Barrel Rohöl heute im Durchschnitt um mehr als einen Dollar billiger als im Januar, so kommt er dem westdeutschen Importeur etwa 13 DM teurer.

Mit den Auswirkungen des Dollar-Kursanstiegs auf die DM-Importpreise begründen die Ölkonzerne in der Bundesrepublik ihre laufenden Preiserhöhungen für Heizöl und Benzin. Von Markt und Wettbewerb ist dabei überhaupt keine Rede mehr: Bei starkem Angebot und rückläufi-

ger Nachfrage müßten die Preise eigentlich sinken. Anfang August verfügten die Ölkonzerne – natürlich in gegenseitiger Abstimmung – bereits die achte Bezinpreiserhöhung im laufenden Jahr. Zwischen Januar und August erhöhte sich der Benzinpreis (Normalbenzin) von 1,24 DM um 27 Pfennige auf 1,51 DM. Davon sind 8 Pfennige auf die Erhöhung der Mineralölsteuer zurückzuführen.

Die Argumentation mit dem gestiegenen Dollarkurs ist dabei allerdings ein sehr durchsichtiges Manöver. Allein Wirtschaftsminister Lambsdorff scheint es nicht aufgefallen zu sein, daß die Wechselkursbedingten Mehrkosten bei den deutschen „Töchtern“ identisch sind mit Wechselkursbedingten Extraprofiten bei den internationalen „Müttern“ der Ölkonzerne. Er zeigte öffentlich „Verständnis“ für die Preiserhöhungen. Schließlich handelte es sich bei den Importpreisen für Rohöl nur um konzerninterne Verrechnungspreise, denen in der Regel keine Geldtransaktionen und damit auch kein Umwechseln von DM in Dollar entsprechen müssen. Wenn gegenwärtig der Anstieg der deutschen „Ölrechnung“ beklagt wird, obwohl die Ölimporte mengenmäßig rückläufig sind, dann muß hinzugefügt werden, daß die zusätzlichen Mittel allein in die Taschen der Ölmultis fließen. Die „steigende Ölrechnung“ macht daher auch keineswegs Kürzungen im Sozialhaushalt und bei den Löhnen und Gehältern notwendig, es reicht bereits eine scharfe Kontrolle des Preisgebarens der Ölkonzerne. Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß die Bundesrepublik keineswegs auf die recht teuren „Dienstleistungen“ der Ölmultis angewiesen ist. Seitens der OPEC-Länder gibt es Bemühungen, unter Ausschaltung der Erdölmonopole mit den erdölimportierenden Ländern direkte Lieferverträge abzuschließen, die auf einer langfristig absehbaren Preisgestaltung basieren. Dies setzt allerdings voraus, daß die kapitalistischen Industrieländer ihrerseits die Exporte von Industriewaren ebenfalls auf eine sichere Preisbasis stellen.

3.5. Tarifiktionen im Sommer 1981

Die in den Sommermonaten (Mitte Mai bis Mitte August) abgeschlossenen Lohn- und Gehaltstarifverträge orientierten sich weitgehend an der in der Metallrunde (Abschlüsse 29. April bis 5. Mai) durchgesetzten 4,9-Prozent-Marke. Da diese erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik nominal und brutto unter der zu erwartenden Inflationsrate lag, wurde ein einschneidender Reallohnabbau vorprogrammiert. Trotz dieser erneut praktizierten „Lohnführerschaft“ der IG Metall konnten in verschiedenen Tarifgebieten mit kleinerer Beschäftigtenzahl z. T. erheblich höhere Prozentsätze erreicht werden, und auch die ansonsten von den Unternehmern als „Gleichmacherei“ verteuerten Strukturverbesserungen für niedrige Einkommen blieben nicht überall tabu.

Hervorstechend sind der 9,2-Prozent-Abschluß der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) in der Rauch- und Schnupftabakindustrie, der 7,2-Prozent-Abschluß der gleichen Gewerkschaft in der Erfrischungsgetränkindustrie Südbadens sowie die 5,7 Prozent der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) in der Kistenindustrie. Strukturverbesserungen erreichte insbesondere die Gewerkschaft HBV, u. a. im privaten Reisebürogewerbe (Voraberrhöhung der Gehälter unter 2000,— um 10,—, darauf 4,9 Prozent; Höchststeigerung 5,7 Prozent) und im Einzelhandel NRW (4,9 Prozent, durch Zusatzsteigerungen für untere Gruppen bis 6,9 Prozent). Auch in der Eisen- und Stahlindustrie wurde durch eine Vorweganhebung um 23 Pf. eine gewisse Strukturverbesserung erreicht, die aber durch den niedrigen Prozentsatz (4,3 Prozent, insgesamt im Durchschnitt 4,7) relativiert wird; für Februar bis April wurden 450,— DM Einmalzahlung vereinbart.

Der größte Tarifabschluß (640 000 Betroffene) in der Periode war der in der Chemieindustrie. Nach mehreren Verhandlungsrunden, in denen mehrmals die Gefahr eines Scheiterns angedroht wurde, kam ein Abschluß zustande: 4,9 Prozent vom 1. Juni an. Die IG Chemie, Papier, Keramik hatte damit ihr Ziel, die Metall-Marke zu erreichen, nicht ganz durchsetzen können, weil die höheren Einmalzahlungen in dem Chemie-Abschluß nicht enthalten waren. Am 20. August 1981 gab der hesische Chemie-Arbeitgeberverband bekannt, daß das „Sommerloch“ in der Produktion nicht so tief wie befürchtet ausgefallen sei.

Zu einem einstündigen Warnstreik kam es am 20. Mai im Bereich der Deutschen Schlaf- und Speisewagengesellschaft (DSG). Auf Initiative der Gewerkschaft NGG hin protestierten die Beschäftigten gegen das unzureichende Tarifangebot sowie gegen geplante Arbeitsplatzver-

nichtung bei den Liege- und Schlafwagenschaffnern. Die Gewerkschaft konnte sich daraufhin mit ihren Tarifforderungen weitgehend durchsetzen (4,9 Prozent, mindestens 95,— DM).

Ein Ende fand in der zweiten Maihälfte auch der Konflikt der Lufthansa AG mit ihren 20 000 Bodenbeschäftigten: Nach verschiedenen Warnstreiks und einem Ultimatum der Gewerkschaft ÖTV kam es zu einem Abschluß zwischen 3,9 und 5,2 (im Durchschnitt 4,3) Prozent, Zusatzurlaub für Schichtarbeiter und ab 1983 6 Wochen Urlaub für alle. Die DAG, die diesen Kompromiß anfangs abgelehnt und Neuverhandlungen gefordert hatte, schloß sich dann doch an.

Im Bankengewerbe hatte nach verschiedenen Warnstreikaktionen und vier erfolglosen Verhandlungsrunden die DAG am 28. April ein Separatabkommen geschlossen (4,8 plus 0,1 Prozent, 1 Tag mehr Urlaub, 2 Nachschichtfreischichten), das von der Gewerkschaft HBV als unzureichend und (wegen des fehlenden Maßregelungsverbots) unverantwortlich abgelehnt wurde. Die HBV verlangte Neuverhandlungen und ließ sich diese Position in einer erfolgreichen Mitgliederbefragung bestätigen. Bis Mitte August hatten die Bankenvertreter hierauf nicht reagiert.

Wichtige Lohn- und Gehaltsabschlüsse Mai bis Juli 1981

Gewerkschaft	Branche	Beginn	Inhalt
BSE	div. Steine- und Erdenindustrien	Mai	4,7 bis 4,9 Prozent
ChPK	chemische Industrie	Juni	4,9 Prozent
IGM	Heizungsind. Hamburg Feinstblechpackind.	März	5,2 Prozent
GHK	Kistenindustrie	Mai	5,7 Prozent
GTB	Textilindustrie	Mai	4,9 Prozent
GTB	Bekleidungsindustrie	Mai	4,5 Prozent
NGG	Brauereien	Mai	5,6 Prozent/13 Mon.
	Schleswig-Holstein		
NGG	Rauch- und Schnupftabakindustrie	April	9,2 Prozent
IGM	div.	Mai	4,9 bis 5,3 Prozent, Nebenregelungen
ÖTV	priv. Verkehrsgewerbe	April	4,9 bis 6,0 Prozent, je nach Tarifgebiet
HBV	priv.	Juni	4,9 bis 5,7 Prozent, Strukturverbesserungen
ChPK	Kautschukindustrie	Juli	4,8 bis 4,9 Prozent, ab 1. Januar 1982 plus 0,1 Prozent
NGG	Erfrischungsgetränkindustrie Südbaden	April	7,2 Prozent

Quelle: Archiv Soziale Bewegungen

Im Sommer wurden auch verschiedene Manteltarifverträge neu abgeschlossen. In den Medien und vom NGG-Vorsitzenden Döding („neue Dimension in der Tarif- und Sozialpolitik“) besonders herausgestellt wurde der MTV in der Zigarettenindustrie. Danach können Arbeiter und Angestellte mit 58 Jahren entscheiden, ob sie bis zum gesetzlichen Rentenalter voll weiterarbeiten, bei vollem Lohn/Gehalt nur noch 20 Wochenstunden arbeiten oder bei 75 Prozent des Einkommens zu arbeiten aufhören wollen. Eine solche Regelung bestand für Männer schon seit 1. September 1978 und wurde jetzt auf Frauen ausgedehnt. Die Zahl der hiervon direkt Begünstigten liegt bei 500.

Im August war seitens der dafür nicht zuständigen Bundesregierung die Tarifrunde 1982 „vorbereitet“ worden. Im Rahmen der Haushaltsberatungen wurde die „Hoffnung“ geäußert, daß es gelingen möge, den Tarifabschluß 1982 für den öffentlichen Dienst um drei Monate hinauszuschieben, d. h. vereinbarte Erhöhungen nicht ab 1. Mai, sondern ab 1. August wirksam werden zu lassen. Dies würde erheblichen Reallohnverlust nach sich ziehen. Die Minister Baum, Gscheidle und Hauff wurden beauftragt, diesbezügliche Verhandlungen zu führen. „In Bonn wird nicht ausgeschlossen, daß Bundeskanzler Schmidt versuchen könnte, auch die Industriegewerkschaften für eine befristete Lohnpause zu gewinnen“ (FAZ vom 12. August 1981). Die gewerkschaftlichen Reaktionen hierauf waren bislang eher zurückhaltend.

Wichtige Manteltarifabschlüsse Mai bis Juli 1981

Gewerkschaft	Branche	Beginn	Inhalt
GGLF	Landwirtschaft	Juni	statt 42 noch 41 Wochenstunden
HBV	Großhandel Niedersachsen/Bremen	Januar	mehr Urlaub, Urlaubsgeld, Vermögensbildung, Schutz für Ältere
NGG	Zigarettenindustrie	April	Altersfreizeiten auch für Frauen
NGG	Privathaushaltungen	März	statt 42 noch 40 Wochenstunden
NGG	Mühlenindustrie NRW	Januar	Alters- und Schichtarbeits-Freizeiten
ÖTV	Taucher- und Bergungsgewerbe	Mai	1 bis 2 Tage mehr Urlaub, ab 1983 ein weiterer Tag

Quelle: Archiv Soziale Bewegungen

3.6 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Die Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft geht seit der zweiten Jahreshälfte 1980 zurück. Dies gilt vor allem für das verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe: hier lag die Beschäftigung schon im Frühjahr um zwei bzw. vier Prozent unter dem Vorjahresstand.

Beschäftigung¹

	Gesamtwirtschaft	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe
1. Vj. 1980	22 092	8 723	1 560
2. Vj. 1980	22 150	8 744	1 554
3. Vj. 1980	22 171	8 731	1 550
4. Vj. 1980	22 153	8 687	1 547
1. Vj. 1981	22 091	8 626	1 533
2. Vj. 1981	22 000		

1 In 1000, saisonbereinigte Angaben
(Quelle: DIW-Wochenbericht 29/81, S. 329)

Problematisch ist, daß auch die Beschäftigung im öffentlichen Dienst kaum noch ansteigt. Zur Jahresmitte 1980 lag die Beschäftigtenzahl dort zwar noch um 1,2 Prozent oder etwa 50 000 über dem Vorjahresstand, damit hat sich die Beschäftigungszunahme gegenüber den beiden Vorjahren aber schon halbiert. Die Personalplanungen für die laufenden Haushalte der Gebietskörperschaften sehen inzwischen jedoch überall Stellenkürzungen vor, so daß selbst bei einer Stabilisierung der Konjunktur der Beschäftigungsrückgang anhalten dürfte.

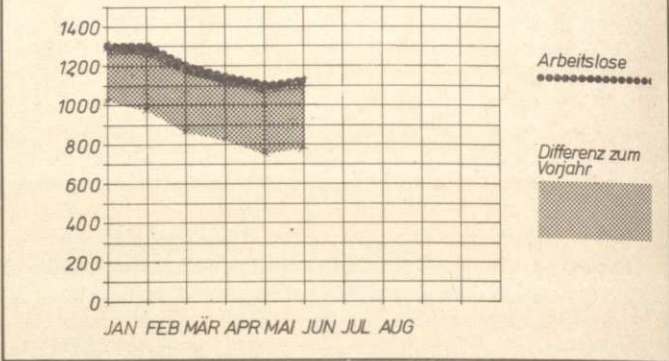
Vor diesem Hintergrund müssen die vorliegenden offiziellen Arbeitsmarktprognosen als viel zu optimistisch angesehen werden. Die BfA geht immer noch von 1,3 Millionen registrierter Arbeitsloser im Jahre 1982 aus. Im Juli 1981 lag die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl aber bereits bei 1,312 Millionen, so daß die Annahme des HWWA-Instituts, im Jahre 1982 werde es durchschnittlich 1,5 Millionen Arbeitslose geben, schon realistischer erscheint.

Arbeitsmarkt

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Offene Stellen	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	1 309	+ 272	402	+ 304	228	- 54
Februar	1 300	+ 307	374	+ 272	239	- 74
März	1 210	+ 334	405	+ 311	247	- 90
April	1 146	+ 321	360	+ 268	242	- 104
Mai	1 110	+ 343	340	+ 248	242	- 101
Juni	1 126	+ 345	317	+ 231	236	- 117
Juli	1 246	+ 393	221	+ 136	219	- 116

1 In 1000 Personen; 2 Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Arbeitsmarkt in Tausend - 1981



Im Sommer sind die registrierten Arbeitslosenzahlen ruckartig angestiegen, so daß sich BfA-Präsident Stingl zu der Feststellung veranlaßt sah, der Wintereinbruch habe schon im Sommer stattgefunden.

Bei einer Fortsetzung dieses Trends – und alles spricht dafür – dürfte die registrierte Arbeitslosigkeit im Winter auf über 1,7 Millionen ansteigen. Damit würden Dimensionen erreicht, die eine weitere Behandlung der Arbeitslosigkeit als „Randgruppenproblem“ (Frauen, Jugendliche, Ausländer, Behinderte, Alte usw.) durch die Unternehmer und die Bundesregierung sehr erschweren. Dies würde allerdings auch für den gewerkschaftlichen Handlungsspielraum neue Fakten setzen: In dem Maße, wie die unmittelbare Betroffenheit auf die „Kernbereiche“ der Arbeiterklasse ausgedehnt wird, wird auch die gewerkschaftliche Position in den Tarifaueinandersetzungen unmittelbar berührt.

Nach den Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, die die „stille Reserve“ nichtregistrierter Arbeitsloser einbezieht, wird schon im laufenden Jahr die Zweimillionenmarke überschritten.

Tatsächliche Arbeitslosigkeit¹

	1970	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
Registrierte Arbeitslose	149	1 074	1 060	1 030	993	876	889	1 250
Stille Reserve	0	480	561	613	591	579	620	840
Arbeitslose insgesamt	149	1 554	1 621	1 643	1 584	1 455	1 509	2 090

1 In 1000
(Quelle: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1/81, S. 57)

Das IAB geht bei seiner Schätzung davon aus, daß das Bruttosozialprodukt 1981 um ein Prozent zurückgehen wird. Diese Annahme muß allerdings schon jetzt als überholt gelten, da die erwartete Belebung der Konjunktur zur Jahresmitte ausgeblieben ist.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg und Klaus Pickshaus, 6000 Frankfurt am Main
Der Abschnitt 1.1 wurde von Elvio Dal Bosco verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 13. 8. 1981. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 36,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3,- DM, Jahresabonnement 12,- DM einschließlich Zustellgebühr.